

Neun von zehn werden entlastet

Diskussionsrunde zur grünen Steuerpolitik mit Beate Müller-Gemmeke

Die Bundestagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, Beate Müller-Gemmeke, wurde vom Ortsverband in Metzingen eingeladen. Sie erläuterte die grüne Steuerpolitik und stellte sich Fragen der Zuhörer.

Metzingen. Das grüne Steuerkonzept, so rechnete Müller-Gemmeke vor, entlaste 90 Prozent der Menschen in Deutschland. Nur rund sieben Prozent würden stärker belastet. So soll der Grundfreibetrag auf rund 8700 Euro angehoben und der Spitzensteuersatz von 49 Prozent müsse erst ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 80 000 Euro bezahlt werden – und auch dann nur auf die darüber hinausgehenden Einkünfte. „Wir werden nicht die Mittelschicht, sondern diejenigen, deren Gehalt oder Vermögen deutlich über dem Durchschnitt liegt, stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Wir stehen vor großen Herausforderungen in Deutschland. Notwendig sind Investitionen und im Gegensatz zu den Regierungsparteien sagen wir auch, woher das Geld kommen soll.“ Dies sei, so Müller-Gemmeke, „auch eine Frage der Redlichkeit und Wahlgeschenke auf Pump wird es mit den Grünen nicht geben.“

Die Bundestagsabgeordnete mit dem Schwerpunkt Arbeitnehmerrechte erläuterte auch, wofür die Grünen das Geld ausgeben möchten. „Wir wollen die Energiewende schaffen, die Kinderbetreuung ausbauen, eine Bildungsoffensive starten und beginnen, den Schuldenberg abzutragen. Das für mich ebenso wichtige Vorhaben wird den Staat nicht einmal Geld kosten. Soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt kosten kein Steuergeld und belasten in der Wirtschaft nur die schwarzen Schafe.“ In Steuerfragen und auf dem Arbeitsmarkt müsse es gerechter zugehen. Man könne sich die soziale Schieflage und enorme Ungleichheit in Deutschland nicht mehr leisten. Die öffentlichen Haushalte müssten auf eine solide Basis gestellt und die enorme staatliche Verschuldung in Höhe von 2,1 Billionen Euro in den Blick genommen werden. „Wir Grünen wollen mehr Solidarität für das Gemeinwohl. Das erhöht die soziale Gerechtigkeit und Investitionen sind positiv für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“